

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 123 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über den drohenden weiteren Abbau auf dem Medienplatz Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Ich gehe auf die drei Bereiche der Anfrage an, nämlich auf die CH Media und darauf, was in diesem Bereich passiert, auf die SRG sowie auf den Einsatz der Regierung für den Medienplatz Luzern. Zur CH Media: Ich bin froh, dass die Regierung mit der Unternehmensleitung der CH Media in Kontakt ist. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort: «Soweit es sich beurteilen lässt, wurden unsere Anliegen im Rahmen der Sparziele von CH Media und den bisher bekannten Abbaumassnahmen so gut wie möglich berücksichtigt.» Was heisst das genau? Wir wissen, dass 130 bis 140 Stellen abgebaut werden oder bereits wurden. Ich bin sicher, dass die Regierung erfahren hat, welche Sparten vom Abbau betroffen sind und wie fest der Medienplatz Luzern davon betroffen ist. Vielleicht kann uns der Regierungsrat etwas dazu sagen, auf Kosten welcher Lokalredaktionen der Abbau erfolgt. Wir alle wissen, dass nicht nur die «Luzerner Zeitung» zu CH Media gehört, sondern auch «Tele 1» und diverse Radiokanäle. Zur SRG: Inzwischen ist es schwierig, die Übersicht zu behalten, wie viele Sparrunden die SRG durchführen muss. Letzte Woche wurde eine neue angekündigt. Die Auswirkungen wurden erst in der Romandie konkret, dort werden 10 Millionen Franken eingespart. Zudem ist bekannt, dass noch weitere 40 Millionen Franken eingespart werden, man weiss aber nicht wo und ob es zu einem Personalabbau kommt. In dieser Konstellation ist es für mich unverständlich, dass die Luzerner Regierung beim Kesseltreiben gegen die SRG mitmacht, das seit Jahren stattfindet und weitergeht, und den Vorschlag von Bundesrat Alber Rösti unterstützt, prophylaktisch die Serafe-Gebühren zu senken. So lautete nämlich die Vernehmlassung unserer Kantonsregierung. Ich finde, dass das auch nicht der Haltung der Luzerner Bevölkerung entspricht. Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2018 die «No Billag»-Initiative mit über 70 Prozent abgelehnt. Das war ein klares Zeichen zugunsten einer starken SRG. Ich denke, das sollte sich auch unsere Regierung zu Herzen nehmen und sich für die SRG einsetzen. Es braucht auch Solidarität mit den Regionen, die besonders auf die SRG angewiesen sind, dazu gehört auch die Innerschweiz. Vielleicht nicht Luzern selber, aber der Kanton Uri beispielsweise hat diese Senkung deutlich abgewiesen. Ich wünsche mir, dass der Kanton Luzern in den kommenden Debatten rund um die SRG eine dezidierte Haltung gegen einen weiteren Abbau einnimmt. Die SRG ist zwar für Luzern nicht ganz so wichtig wie für andere Orte, aber neben CH Media, Zentralplus und einigen wenigen kleinen Redaktionen doch ein wichtiger Player. Unsere Regierung sieht den

Moment für stärkere Massnahmen für den Medienplatz Luzern noch nicht als gekommen. Das entnimmt man den Antworten. Man vertraut darauf, dass die Situation stabil bleibt und die Kriterien Vielfalt, Qualität und Reichweite erhalten bleiben. Ich wünsche mir, dass die Regierung recht erhält mit dieser Einschätzung. Aber alle bisherigen Entwicklungen zeigen leider in eine andere Richtung. Es freut mich, dass das Luzerner Stadtparlament die Zeichen der Zeit erkennt. Als Reaktion auf die Einstellung der «Luzerner Rundschau» und des «Luzerner Anzeigers» hat man parteiübergreifend bemerkt, dass der Abbau auch die Luzerner Politik und Vereine trifft, und beschlossen, dass lokale Gefässe geschaffen werden müssen. Das stimmt mich positiv. Ich hoffe, dass die Luzerner Regierung den Zeitpunkt nicht verpasst, um aktiv zu werden.

Daniel Rüttimann: Veränderungen, Entwicklungen, Fusionen oder Kürzungen: Egal wo, wie und weshalb, das alles löst Verunsicherung aus und führt zu Fragen. Im Zusammenhang mit dem Abbau auf dem Medienplatz Luzern hat Rahel Estermann treffende und wichtige Fragen gestellt. Es sind auch aktuelle Fragen, wie jüngst der doch radikale Abbau bei Tamedia schweizweit, aber vor allem in der Westschweiz eindrücklich gezeigt hat. Zwar kann es in der Medienlandschaft eine Verkleinerung und eine Konzentration der Angebote und Kräfte geben, was betriebswirtschaftlich erklärbar oder strategisch begründbar ist. Aber wo und wann ist die Grenze erreicht? Ab wann ist es nicht mehr jene doch hochgelobte Qualität der Medienarbeit für die Bevölkerung, sondern eher eine Verschlechterung, wo es letztlich auch möglich ist, falsche, unausgewogene oder gesteuerte Meldungen zu platzieren? Wenn es plötzlich so weit käme, wäre das auch gesellschaftspolitisch heikel. Aber so weit ist es auf dem Medienplatz Luzern glücklicherweise aktuell noch nicht gekommen. Aus Sicht der Mitte-Fraktion hat die Regierung die Fragen zutreffend beantwortet, auch wenn die konkrete Haltung nicht in allen Fällen bereits definiert ist. Wenn wir an den Medienplatz Luzern denken, ist es aus politischer Sicht überaus wichtig und vertretenswert, sich auch weiterhin aktiv für eine breite kantonale und regionale Berichterstattung einzusetzen. Wir wissen alle um den Rückgang der Printmedien und um die anstehenden Änderungen in der Medienlandschaft in den nächsten zehn Jahren. In diesem Sinn begrüssen wir einen guten Austausch der Luzerner Regierung mit den Medienverantwortlichen im Interesse der Luzerner Politik und der Luzerner Bevölkerung und letztlich der ganzen Zentralschweiz. Die Luzerner Regierung soll sich deshalb auch weiterhin tatkräftig dafür einsetzen, dass die regionalen und lokalen grossen und weniger grossen Zeitungen und Medien eine wichtige Informationsquelle für die politische Wissens- und Meinungsbildung der Bevölkerung bleiben können.

Elin Elmiger: Die SP-Fraktion macht sich grosse Sorgen um die Luzerner Medienlandschaft. Deshalb bedauern wir es sehr, dass sich der Regierungsrat so zurückhaltend und abwartend gibt. Es macht ein wenig den Eindruck, als ob der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf sehen würde oder zumindest noch nicht. Doch die Frage lautet, wie lange wir es uns noch leisten können, abzuwarten. Müssen zuerst der «Seetaler Bote» oder der «Entlebucher Anzeiger» eingestellt werden und immer weniger Medien über die Luzerner Politik Bericht erstatten, bis die Regierung aus der Passivität erwacht? Gerade vor Kurzem hat der Fall des Unterschriftenskandals gezeigt, dass die Medien nicht nur Informationsmittel, sondern auch die vierte Gewalt unserer Demokratie sind und die Demokratie schützen und stützen. Dazu sind Ressourcen und gute Rahmenbedingungen notwendig. Wie schon gesagt wurde, schwebt mit der Halbierungsinitiative die grösste Gefahr über dem Medienplatz Luzern. Über die Initiative werden wir bald abstimmen. Sie kann unter Umständen auch grosse Auswirkungen auf die regionale Berichterstattung der SRG haben. Der Bundesrat will mit dem Gegenvorschlag die Radio- und Fernsehgebühr auf 300 Franken senken. Es ist für die

SP-Fraktion sehr unverständlich, dass die Luzerner Regierung diesen brandgefährlichen Gegenvorschlag unterstützt. Gerade als Standortkanton des Instituts für Journalismus und Kommunikation (MAZ) steht es uns schlecht an, wenn wir die kritischen Folgen des Gegenvorschlags nicht genau prüfen und einfach ausblenden. Höflich gesagt ist es doch sehr optimistisch, wenn sich die Regierung erhofft, dass die Serafe-Kürzungen nicht durch den Abbau von Mitarbeitenden an der Front und in der Regionalredaktion erfolgen. Wie schon erwähnt wurde, machen sich die Zentralschweizer Kantone Obwalden und Uri Sorgen. Sie sehen die regionale Berichterstattung durch Sparmassnahmen bei der SRG bedroht und lehnen den Gegenvorschlag ab. Hat tatsächlich jemand das Gefühl, dass die regionale Berichterstattung im Kanton Luzern nicht unter den Sparmassnahmen leiden würde? Weshalb wartet der Regierungsrat mit der Prüfung von Massnahmen für die Medienvielfalt ab? Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er beim Stellenabbau künftig nicht nur sein Bedauern ausdrückt, sondern für unsere Medienlandschaft im Kanton Luzern Partei ergreift und endlich handelt.

Angela Lüthold: Der Antwort der Regierung ist zu entnehmen, dass im Rahmen des Abbaus verschiedene Anliegen deponiert worden sind. Ein Stellenabbau und Veränderungen sind immer schmerzhaft. Die CH Media ist jedoch ein privates Unternehmen, das seinen Auftrag marktgerecht und betriebswirtschaftlich erfüllen muss. Die Gewährleistung einer Informations- und Diskussionsplattform für die Bevölkerung steht aus Sicht der SVP-Fraktion nicht in direktem Zusammenhang mit dem Stellenabbau. Heute stehen auf dem Markt verschiedene Informationsmittel zur Verfügung. Im Zuge der Digitalisierung hat sich auch die Nutzung der Medien verändert. Früher waren es Radio, Fernsehen und Zeitung. Heute können die Informationen breiter gefächert über verschiedene soziale Medienkanäle bezogen werden. Strukturelle Veränderungen können nicht durch staatliche Eingriffe verhindert werden. Wir sind überzeugt, dass die Medienlandschaft die Veränderung als Chance nutzt, um flexibel und innovativ zu reagieren. Die Antwort der Regierung ist umfassend und korrekt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Für unseren Rat sind die «Luzerner Zeitung» als politische Informations- und Diskussionsplattform und die publizistische Vielfalt auf dem Medienplatz Luzern natürlich von zentraler Bedeutung. Wir bezeichnen sie auch als Leitmedium für unsere Region. Ein Austausch mit der Unternehmensleitung der CH Media mit CEO Michael Wanner und weiteren Mitarbeitenden der CH Media hat bei uns im Regierungsgebäude stattgefunden. Unser Rat hat unsere Anliegen deutlich formuliert. Wir haben natürlich auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass CH Media ohne Massnahmen einen Verlust schreibt. Die Finanzierung dieses Marktes ist schwierig. Einerseits wird in den Zeitungen immer weniger Werbung gemacht, und damit geht ein wesentliches Finanzierungsinstrument zurück. Andererseits geht die Zahl der Abonentinnen und Abonnenten zurück. Ohne Abonentinnen und Abonnenten ist es schwierig, eine Zeitung weiterzuführen. Deshalb muss die Unternehmensleitung nach ökonomischen Prinzipien vorgehen und für ein Produkt besorgt sein, das auf dem Markt erfolgreich ist und genügend Kundinnen und Kunden anzieht. Dafür müssen wir auch Verständnis aufbringen, auch wenn das nicht das ist, was wir wollen. Wir möchten eine möglichst starke Zeitung, die breit abgestützt ist, die für eine breite Berichterstattung viele Journalistinnen und Journalisten hat und eine objektive Diskussion und Meinungsbildung für die Bevölkerung ermöglicht. Nicht nur CH Media steht vor diesem Problem, sondern auch Tamedia musste entsprechend gravierende Massnahmen ergreifen. Sie sind im selben Markt tätig, und die Einnahmerückgänge sind ein grundsätzliches Problem, das auch auf der Ausgabenseite Konsequenzen hat. Wir haben klar formuliert, wie wichtig es uns ist, dass der

Standort Luzern möglichst stark bleibt und vor allem an der Front möglichst viele Mitarbeitende eingesetzt werden und dass man versucht, mit anderen Synergien innerhalb der CH Media Gruppe diese Sparthemen zu bereinigen. Wir sind auch weiterhin in Kontakt mit CH Media und hoffen, dass es weiterhin viele Abonentinnen und Abonenten für diese verschiedenen Medien gibt, auch bei den regionalen. Die regionalen Medien zeigen, dass die Informationen nach wie vor gefragt sind und es etwas wert ist, eine objektive Einordnung der Informationen zu erhalten. Für unsere Demokratie ist das entsprechend wichtig. Deshalb ermuntere ich alle dazu, Luzerner Medien zu abonnieren. Bei der SRG hat die Regierung eine politische Einschätzung vorgenommen und meint, dass mit der Vorlage des Bundesrates der Halbierungsinitiative etwas Luft genommen werden kann. Wir sehen die Vorlage des Bundesrates als Mittelweg und erachten sie deshalb als besser als die Halbierungsinitiative, die auch der Regierung zu weit geht. In diesem Sinn ist es kein Kesseltreiben, sondern eine politische Einschätzung. Es ist eine Erwartung, dass die Optimierungsmaßnahmen, welche die SRG durchführen muss, weder an der Front noch am Platz Luzern erfolgen, sondern im Headquarter, bei technischen Lösungen oder verschiedenen Programmpunkten, bei denen man sich überlegen muss, ob sie Kernauftrag der SRG sind. Deshalb hat die Regierung den Vorschlag des Bundesrates als Alternative zur Initiative unterstützt, die wir als zu extrem und zu einschneidend erachten.